Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
In dem Parteiordnungsverfahren
12/1989/P
25.01.1990

auf Antrag des SPD-Ortsvereins D, vertreten durch den Vorsitzenden S, aus D,

- Antragsteller und Berufungsführer -

gegen H aus D,

- Antragsgegner und Berufungsgegner -

Beistand: H2, aus M

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 25. Januar 1990 in Bonn unter Mitwirkung von

Dr. Diether Posser, Vorsitzender,
Dr. Johannes Strelitz, stellvertretender Vorsitzender,
Hannelore Kohl, stellvertretende Vorsitzende,

beschlossen:

Auf die Berufung des Antragstellers wird die Entscheidung der Bezirksschiedskommission des SPD-Bezirks S vom 17. Juli 1989 aufgehoben und das Ruhen aller Rechte des Antragsgegners aus der Mitgliedschaft für die Dauer eines Jahres angeordnet, beginnend mit dem 25. Januar 1990. Im übrigen wird die Berufung zurückgewiesen.

Gründe

Auf Antrag des Ortsvereins D schloß die Schiedskommission des Unterbezirks D aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 17. März 1989 den Antragsgegner sowie den früheren Genossen F, der im Laufe des Verfahrens aus der SPD ausgetreten ist, aus der SPD aus; zur Begründung war angeführt, daß beide nach ihrem Fraktionsausschluß bzw. -austritt zusammen mit einem früheren Mitglied der Grünen eine Fraktion (Ausschußgemeinschaft) gebildet und dies durch eine Pressekonferenz und in anderer Weise der Öffentlichkeit bekannt gemacht hätten. Die Ausschußgemeinschaft habe drei Ausschußsitze besetzt, die früher der SPD zugestanden hätten. Das Verhalten der Antragsgegner, insbesondere die öffentlichkeitswirksame Vermarktung der Gründung einer Fraktion (Ausschußgemeinschaft in Zusammenarbeit mit W, einem früheren Mitglied erst der SPD und dann der Grünen) im D-er Stadtrat stelle für sich allein einen vorsätzlichen Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei von erheblicher Tragweite dar. Mit diesem Schritt hätten sie das Parteiinteresse geschädigt, zumal sie sich weiterhin als „SPD-Stadträte“ bezeichnet hätten. Ohne den Austritt des Antragsgegners wäre es nicht zu einer Neuverteilung der Ausschußsitze gekommen. Entgegen seinen Angaben sei der Antragsgegner mit dem Austritt auch nicht lediglich einem Ausschluß zuvor gekommen. Das Herausstellen der Ausschußgemeinschaft in Pressekonferenzen, Leserbriefen und Zeitungsartikeln und die scharfen Angriffe gegen die örtliche SPD erweckten bei den Bürgern den negativen Eindruck, daß in der örtlichen SPD Streit herrsche oder aber nicht sachlich für die Bürger dieser Stadt gearbeitet werde. Ferner habe man am 4. Januar 1989 eine Pressekonferenz durchgeführt, ohne die erforderliche Zustimmung der örtlichen SPD eingeholt zu haben. Die Parteiarbeit im Ortsverein und in der Fraktion dürfe nicht durch überflüssige negative Einwirkungen behindert werden. Dies sei nur zu gewährleisten, wenn die Antragsgegner ausgeschlossen würden.

Auf die Berufung der Antragsgegner hin hob die Bezirksschiedskommission des SPD-Bezirks S diese Entscheidung nach Durchführung einer mündlichen Verhandlung am 17. Juli 1989 auf und stellte das Verfahren gemäß § 15. Abs. Schiedsordnung ein, weil die Schuld der Antragsgegner gering sei und die Folgen ihres Verhaltens als unbedeutend zu bewerten seien. Das Verfahren sei im Gesamtzusammenhang mit den Auseinandersetzungen im Unterbezirk D um die Person des Unterbezirkvorsitzenden MdL H3 zu sehen. Die bestehenden Gruppierungen in D versuchten mehr und mehr, an Stelle einer innerparteilichen Auseinandersetzung die jeweils andere Gruppe durch Parteiausschlußverfahren auszugrenzen. In diesem Zusammenhang sei es zu einer Reihe von Parteiordnungsverfahren gekommen, wobei als Meßlatte die Entscheidung der Bundesschiedskommission gegen H3 wegen dessen Art der Zweitstimmenwerbung bei der Landtagswahl 1986 heranzuziehen sei, der seinerzeit nur eine Rüge erhalten habe. Die Bezirksschiedskommission sei aufgrund der Würdigung der gesamten Umstände,

insbesondere der öffentlichen Aussagen des Fraktionsvorsitzenden S2, davon überzeugt, daß der Antragsgegner H – der sich im übrigen zuvor lange Zeit vergeblich für die Wiederaufnahme des Antragsgegners F in die Fraktion eingesetzt habe – mit seinem Austritt lediglich einem Ausschluß zuvorgekommen sei. Die Wiederaufnahme des Antragsgegners sei am ausdrücklichen negativen Votum der Fraktionsmehrheit gescheitert. Der Fall sei dem Sachverhalt in den beiden vom Antragsteller als Beleg angeführten Verfahren nicht vergleichbar, zumal der Antragsteller seinen Antrag ausdrücklich nicht auf den Fraktionsaustritt des Antragsgegners, sondern auf die Gründung einer Fraktion oder Ausschußgemeinschaft gestützt habe. Nur so seien aber - nach der strikten Weigerung, die Antragsgegner wieder in die Fraktion aufzunehmen - die an die CSU verlorenen Ausschußsitze wieder zurückzuholen gewesen, was Ziel der Antragsgegner gewesen sei. Die Antragsgegner hätten mehrfach erklärt, bei ihrer Arbeit im Stadtrat die Politik der SPD zu unterstützen; innerhalb der Ausschußgemeinschaft habe es keine Absprachen über Abstimmungen oder eigene politische Konzepte gegeben. Es befremde, daß die Antragsteller eher die Besetzung der Ausschußsitze durch die CSU hingenommen hätten, als die Gründung der Ausschußgemeinschaft. Diese verstoße nicht gegen § 6 Organisationsstatut. § 6 Nr. 3 der Ortsvereinsatzung beziehe sich nur auf Presseerklärungen des Ortsvereins, nicht auf sonstige Presseerklärungen, wie sie die Antragsgegner abgegeben hätten. Die Mitglieder des Unterbezirks D blieben aufgerufen, die Spaltung in zwei Gruppierungen zu beenden und einen Kompromiß zu suchen, der es beiden Gruppierungen erlaube, auf Dauer - und gemeinsam - die Ziele der SPD zu verwirklichen.

Gegen diese ihm am 30. August 1989 zugestellte Entscheidung hat der Antragsteller am 12. September 1989 mit der Begründung Berufung eingelegt, daß die von der Bezirksschiedskommission getroffene Entscheidung für die Partei schwerwiegende Folgen habe, denn danach sei künftig die Bildung mehrerer selbständiger und voneinander unabhängiger Fraktionen/Ausschüsse durch SPD-Mitglieder zulässig, die bei souveränem Antragswesen, Kassen- und Rederecht usw. vom zuständigen SPD-Ortsverein nicht mehr geführt werden könnten, weil unklar sei, welche Fraktionen/Ausschüsse die örtliche SPD vertreten würden.

Der Antragsteller beantragt sinngemäß

die Entscheidung der Bezirksschiedskommission vom 17. Juli 1989 aufzuheben und den Antragsgegner aus der SPD auszuschließen.

Der Antragsgegner beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Er hält die Berufung unter Hinweis auf § 26 Abs. 2 Schiedsordnung bereits für unzulässig.

Nachdem der Antragsgegner Dr. F aus der Partei ausgetreten ist, hat die Bundesschiedskommission das Verfahren insoweit mit Beschluß vom heutigen Tage eingestellt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des Vorbringens der Beteiligten im übrigen wird auf den gesamten Inhalt der Akten verwiesen, die Gegenstand der Beratung waren.

II.

Die fristgerecht eingegangene Berufung des Antragstellers nebst Berufungsbegründung an die Bundesschiedskommission ist entgegen der Auffassung des Antragsgegners und entgegen der von der Bezirksschiedskommission erteilten Rechtsmittelbelehrung zulässig; insbesondere steht ihr die Vorschrift des § 26 Abs. 2 Schiedsordnung nicht entgegen.

Die Auslegungen dieser Vorschrift nach Sinn und Zweck ergibt, daß sie sich in erster Linie auf Rechtsbehelfe eines Mitglieds gegen Berufungsentscheidungen der Bezirksschiedskommission bezieht; nur bei bestimmten schwerwiegenden Eingriffen in die Mitgliedschaftsrechte soll dem betroffenen Parteimitglied ein dritter parteiinterner Rechtszug eröffnet werden, während bei weniger bedeutsamen Ordnungsmaßnahmen der Schutzbedürftigkeit des Mitglieds durch einen Rechtsmittelzug hinreichend Genüge getan ist. Die besondere Beschwerde des Parteimitglieds hat aber als Kriterium für die Zulässigkeit der weiteren Berufung nur auf den Rechtsbehelf des Mitglieds bezogen Sinn. Wollte man davon auch die Zulässigkeit der Berufung der antragstellenden Parteigliederung abhängig machen, führte dies zu dem sinnwidrigen Ergebnis, daß der Parteiorganisation der dritte Rechtszug umso eher offenstünde, je weniger die Bezirksschiedskommission von ihrem Antrag abgewichen wäre, und es umgekehrt für sie gar kein Rechtsmittel gäbe, wenn die Bezirksschiedskommission milde geurteilt hätte, nach den Vorstellungen der antragstellenden Gliederung aber gerade eine härtere Maßnahme am Platze gewesen wäre. Jedenfalls dann, wenn - wie hier - im ersten Rechtszug auf eine schwerwiegende Maßnahme im Sinne des § 26 Abs. 2 Schiedsordnung erkannt worden ist und nur die Bezirksschiedskommission dem nicht folgt, sondern eine mildere Maßnahme wählt, kann die antragstellende Parteigliederung gegen die Berufungsentscheidung der Bezirksschiedskommission Berufung zur Bundesschiedskommission einlegen.

Dieser Auslegung, wie sie grundlegend der BGH in einem vor den ordentlichen Gerichten fortgesetzten Streit um den Parteiausschluß eines früheren SPD-Mitglieds vorgenommen hat (Urteil vom 2. Juli 1979 - II ZR 206/77 -, NJW 1980, 443) ist die Bundesschiedskommission seither gefolgt.

Die Bundesschiedskommission macht von der Möglichkeit des § 27 Abs. 2 Satz 2 Schiedsordnung Gebrauch, im schriftlichen Verfahren zu entscheiden, da der zugrundeliegende Sachverhalt zwischen den Verfahrensbeteiligten unstrittig ist und diese lediglich das Geschehen am Maßstab des innerparteilichen Satzungs- und Ordnungsrechts unterschiedlich gewertet wissen wollen. Die Beteiligten hatten auch ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die Berufung des Antragstellers ist allerdings nur insoweit begründet, als auch die Bundesschiedskommission der Auffassung ist, daß das Verhalten des Antragsgegners in Zusammenhang mit seinem Fraktionsaustritt, der Gründung der Ausschußgemeinschaft mit den Stadträten F und W und der dazu entfalteteten Aktivitäten in Presse und Öffentlichkeit als ein Verstoß gegen die Parteiordnung im Sinne des § 35 Abs. 1 Organisationsstatut anzusehen ist, der eine Sanktion erfordert. Entgegen dem Antrag des Antragstellers ist das Verhalten angesichts der besonderen Umstände des Falles allerdings nicht mit einem Parteiausschluß zu ahnden; vielmehr erscheint die Anordnung des Ruhens aller Rechte aus der Mitgliedschaft für ein Jahr, beginnend ab Entscheidungszeitpunkt, ausreichend, um dem Antragsgegner einerseits seinen Verstoß deutlich zu machen, andererseits für die weitere Zukunft die Möglichkeit der Mitarbeit in der Partei offenzuhalten, woran auch dem Antragsteller gelegen sein müßte. Der Bezirksschiedskommission ist beizupflichten, daß die innerparteilichen Probleme in D auf Dauer sicher nicht mit den Mitteln des Parteiordnungsrechts zu lösen sind; andererseits kann diese besondere örtliche Situation nicht dazu führen, daß die Maßstäbe, wie sie auch gegenüber anderen Parteimitgliedern und -gliederungen angelegt worden sind, ihre Geltung verlieren. Daher kann die Bundesschiedskommission die Auffassung der Bezirksschiedskommission so nicht teilen, ihre frühere Entscheidung gegen den Unterbezirksvorsitzenden H - diesem wurde wegen seiner Art und Weise der Zweitstimmenwerbung im Landtagswahlkampf 1986 eine Rüge erteilt - müsse als Meßlatte für alle Verfahren im Zusammenhang mit dem Streit im Unterbezirk herangezogen werden. Vielmehr sind in jedem Einzelfall Art und Tragweite des Verstoßes gegen die innerparteiliche Ordnung zu ermitteln und zu gewichten.

Nach Auffassung der Bundesschiedskommission ist es auch nicht möglich, den Umstand bei der Beurteilung außer Acht zu lassen, daß der Antragsgegner am 12. Oktober 1988 aus der SPD-Fraktion ausgetreten ist, selbst wenn auch die Antragstellerseite dem weniger

Bedeutung beimißt; denn erst dieser Schritt bewirkte den Verlust von drei Ausschußsitzen für die SPD-Fraktion, die zunächst an die CSU gingen und dann, nach deren Gründung, an die Ausschußgemeinschaft fielen.

Wie sich aus zahlreichen Entscheidungen der Vergangenheit ergibt, ist ein Fraktionsaustritt mehrfach schon als schwerwiegender Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei gewertet und in der Mehrzahl der Fälle mit einem Parteiausschluß geahndet worden, weil ein solcher Schritt in besonderer Weise geeignet ist, in der Öffentlichkeit das Bild einer völlig zerstrittenen Partei zu befestigen (vgl. die von Antragstellerseite angeführten Entscheidungen vom 5. März 1979 und 4. Juni 1986 3/1986/P - sowie die Entscheidung vom 11. Juni 1988 - 5/1988/P). Dieser Eindruck in der Öffentlichkeit wird dann erst recht verstärkt, wenn die Betreffenden in einem anderen Zusammenschluß (sei es Fraktion, sei es Ausschußgemeinschaft, wobei die Öffentlichkeit hier wenig differenzieren dürfte) innerhalb des Gemeindeparlaments nach außen hin wirken, zugleich aber unter Hinweis auf ihre Zugehörigkeit zur SPD ausdrücklich für sich in Anspruch nehmen, „SPD-Politik zu machen“, während in Veröffentlichungen und Äußerungen gegenüber der Presse die SPD-Fraktion kritisiert wird. In einem solchen Fall besteht - worauf der Antragsteller zu Recht hinweist, tatsächlich die Gefahr, daß für Außenstehende nicht mehr erkennbar ist, welche Politik die SPD vor Ort tatsächlich vertritt und wer legitimiert ist, diese umzusetzen. Dies ist dem Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit im höchsten Maße abträglich und kann unabhängig von der konkreten Situation, zumal die Bundesschiedskommission ohnehin nicht darüber urteilen kann, wer die „richtige“ Kommunalpolitik in D macht nicht SPD hingenommen werden.

Der Bezirksschiedskommission ist zuzustimmen, daß die Verlautbarungen der Ausschußgemeinschaft und des Antragsgegners als Stadtrat an die Presse keinen Verstoß gegen § 6 Abs. 3 der Satzung des Ortsvereins D darstellen, weil sich diese Satzung nur auf Verlautbarungen beziehen kann, die für den Ortsverein abgegeben werden. Ebenso wenig vermag die Bundesschiedskommission einen Verstoß des Antragsgegners gegen die Ordnung der Partei in dem Aufruf zu sehen, an der Mitgliederversammlung am 10. Juni 1989 teilzunehmen, da darin letztlich die Mitglieder lediglich auf die Bedeutung der Versammlung hingewiesen und zum Kommen mobilisiert werden sollten. Es dürfte auch im Interesse des Antragstellers liegen, wenn sich möglichst viele Mitglieder an der Willensbildung im Ortsverein beteiligen.

Bei Abwägung aller Umstände erscheint ein Parteiausschluß wie vom Antragsteller beantragt nicht gerechtfertigt. Dabei ist zum einen gewürdigt, daß der Antragsgegner sich im Laufe seiner langjährigen Mitgliedschaft viele Verdienste um die Partei erworben hat und er durch

sein Festhalten an der Mitgliedschaft auch ohne erneute Nominierung für den Stadtrat im Unterschied zu dem zwischenzeitlich ausgetretenen und auf einer anderen Liste kandidierenden F deutlich gemacht hat, daß es ihm um die Sache geht. Zum anderen spielt eine Rolle, daß die Vertreter des Antragstellers im Laufe des Verfahrens selbst mehrfach bekundet haben, daß sie den Austritt des Antragsgegners aus der Fraktion allein nicht als so bedeutsam angesehen haben und auch in den Leserbriefen keinen Grund für ein Verfahren gesehen hätten; wäre nur dies vorgefallen, wäre es offenbar gar nicht zu einem Verfahren gegen den Antragsgegner gekommen. Nach alledem erscheint eine fühlbare Sanktion zwar erforderlich, die Anordnung des Ruhens aller Rechte aus der Mitgliedschaft für ein Jahr aber ausreichend.

Dr. Diether Posser